

ENBW

Staatsanwälte wollen Ausschussakten

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat im Zuge des Ermittlungsverfahrens gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) und den Banker Dirk Notheis den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss um Akteneinsicht und die Überlassung aller Ausschussprotokolle gebeten. „Der Inhalt und das Ergebnis der Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses“ seien zur Aufklärung des Sachverhalts von Bedeutung, heißt es in dem Schreiben der Staatsanwaltschaft an den Ausschussvorsitzenden Ulrich Müller. Der CDU-Abgeordnete sagte: „Die Herausgabe der Protokolle bewerte ich persönlich als unproblematisch, die Weitergabe anderer Ausschussunterlagen an die Staatsanwaltschaft bedarf jedoch noch der Klärung.“ In dieser Woche wird im Ausschuss das Gutachten der Wirtschaftswissenschaftler Dirk Schiereck und Christian Kammlott erwartet. Sie sollen prüfen, ob der Kaufpreis der EnBW-Aktien angemessen war. In Bankenkreisen heißt es, Notheis erhoffe sich davon eine Bestätigung seiner Version, dass Morgan Stanley den Preis angemessen ermittelt habe.



BERND WEISSBROD / DPA

Mappus

Stefan Mappus, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, ist im Bild zu sehen. Er trägt einen dunklen Anzug, ein weißes Hemd und eine gestreifte Krawatte. Er blickt leicht nach rechts.



BETHHEL PATH / DER SPIEGEL

Asylbewerber

ASYLRECHT

Arbeit statt Stütze

Nach der Entscheidung der Verfassungsrichter, dass der Staat Asylbewerber Leistungen auf Hartz-IV-Niveau gewähren muss, ist in der schwarz-gelben Koalition eine Diskussion über die Rechte von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt entbrannt. Die FDP will Asylbewerbern künftig generell erlauben, in Deutschland einen Job anzunehmen. Derzeit dürfen geduldete Einwanderer im ersten Jahr ihres Aufenthalts nicht arbeiten, bis zum vierten Jahr gilt für sie ein sogenannter nachrangiger Arbeitsmarktzugang, das heißt, sie dürfen nur einen Job anneh-

men, wenn sich nachweislich kein deutscher Bewerber findet. In „Zeiten des Fachkräftemangels“ und „angesichts der Alterung der Gesellschaft“ sei diese Regelung „schlicht unverantwortlich“, sagt der FDP-Innenexperte Hartfrid Wolff. „Eine Arbeitserlaubnis für alle wäre menschenwürdiger und würde auch die Staatskasse entlasten.“ Die Union dagegen signalisiert, dass sie an den geltenden Regeln nichts ändern wolle. Es gebe „keinen Handlungsbedarf“, heißt es bei zuständigen Fachpolitikern aus der CDU. In Deutschland leben 130 000 Asylsuchende.

AUSSENPOLITIK

China als Verbündeter?

Die Bundesregierung will bei der Suche nach einer internationalen Lösung der Syrien-Krise künftig stärker auf China als auf Russland setzen. Peking habe großes Interesse an Wirtschaftsbeziehungen zu den Golfstaaten und beziehe zudem wichtige Rohstoffe aus der Region, heißt es im Kanzleramt. Man habe die Hoffnung, dass China sich nicht weiter hinter Russland verstecken werde, um es sich mit wichtigen arabischen Staaten nicht zu verderben. Bundeskanzlerin Angela Merkel werde das Thema noch einmal mit der Führung in Peking erörtern. Auch Bundesaußenminister Guido Westerwelle will auf seinen Amtskollegen Yang Jiechi einwirken. China hatte gemeinsam mit Russland am vergangenen Donnerstag eine Resolution des Uno-Sicherheitsrates zu Syrien blockiert. Während die Bundesregierung auf einen Wandel in Peking setzt, hat Merkel die Hoffnung aufgegeben, die Haltung des russischen Präsidenten verändern zu können. Bereits nach einem Treffen mit Waldimir Putin An-

fang Juni in Berlin hatte sie den Eindruck gewonnen, dass der Kreml nicht von seiner starren Syrien-Position abrücken werde.



MICHAEL HANSCHKE / DPA

Westerwelle, Yang